

## 5. ÖSTERREICHISCHER ZEITGESCHICHTETAG 2001

4. - 6. OKTOBER 2001 IN KLAGENFURT

DEMOKRATIE - ZIVILGESELLSCHAFT - MENSCHENRECHTE

EIN KOMMENTAR

von Werner Suppanz

Einen „Rückblick auf die großen Verheißungen und die großen Niederlagen der Weltgesellschaft im 20. Jahrhundert“ durch ZeithistorikerInnen aus dem In- und Ausland versprach die Ankündigung des 5. Österreichischen Zeitgeschichtetags 2001 in Klagenfurt. Nicht nur der Rückblick auf das 20. Jahrhundert, sondern auch die weltpolitische Situation seit den Terroranschlägen am 11. September 2001 in Washington und New York und selbstverständlich auch die aktuellen Debatten in Österreich über die Konsequenzen des Regierungsantritts der „schwarz-blauen Koalition“ lassen das Generalthema „Demokratie – Zivilgesellschaft – Menschenrechte“ als äußerst aktuell erscheinen. Daher ist der Feststellung zuzustimmen: „Sie (= die Ideen der Demokratie und Menschenrechte, W.S.) auf ihre aktuelle Relevanz zu prüfen, in der wissenschaftlichen Tradition und im kollektiven Bewusstsein wiederaufzuspüren, ist eine nicht zu unterschätzende gesellschaftliche Funktion zeitgeschichtlicher Arbeit.“ Man könnte es als ein Thema werten, das einer Zeitgeschichteforschung ansteht, die am Puls der Zeit sein will.

Zudem ließ die Kooperation der Universitäten von Klagenfurt, Ljubljana und Trieste eine Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte eines geographischen Raums erwarten, der von einem Spannungsverhältnis von Krisen und Konflikten einerseits, politischen, ökonomischen und kulturellen Interdependenzen andererseits bestimmt war und wohl auch noch ist.

### Programm und Realisierung – Was ist Zeitgeschichte?

Die Frage, ob dieser Anspruch erfüllt worden konnte, ist daher ein zentraler Aspekt in einer Rückschau auf die Tagung. Über diese thematische Perspektive hinaus stellt sich anlässlich jedes Zeitgeschichtetags auch die Frage nach seinem programmatischen Charakter für die österreichische Zeitgeschichtelandschaft insgesamt. Hier ist festzuhalten, dass das Programm des Zeitgeschichtetags von einer eindeutigen zeitlichen und geographischen Festlegung bestimmt war, ohne dass diese explizit gemacht wurde: Als „Zeitgeschichte“ wurde de facto die Zeit seit dem Nationalsozialismus (abgesehen von einem Vortrag im Panel 8/„Sowjetunion“, der die Stalin'schen Schauprozesse in den 1930er Jahren behandelte) thematisiert. Auffällig war das völlige Fehlen von Referaten, die die Erste Republik beinhalteten. Geographisch waren die Beiträge von der Konzentration auf Österreich und Slowenien bestimmt, von dem erwähnten Panel über die Sowjetunion einmal abgesehen. Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, dass keine Beiträge von HistorikerInnen der Università degli Studi di Trieste vorlagen. Ohne die inhaltliche Beteiligung von italienisch-friulanischen VertreterInnen blieb die „Dreiländerperspektive“, die der Tagung offensichtlich zugrunde lag, in einem entscheidenden Punkt nicht verwirklicht. Damit blieb ein wesentlicher Aspekt in einer geographischen Schwerpunktsetzung ausgeblendet, die gerade in Klagenfurt als „Austragungsort“ spannende und kontroverielle Auseinandersetzungen ermöglicht hätte.

Generell ist es aber auch fraglich, ob bei einem Thema wie „Demokratie – Zivilgesellschaft – Menschenrechte“ die so vollständige Aussparung der Welt außerhalb Europas oder auch nur des Europas außerhalb des österreichisch-slowenischen Bereichs zu rechtfertigen ist. Nicht erst die Situation seit den Anschlägen vom 11. September 2001 zeigt die globale Bedeutung dieses Fragenkomplexes. Wesentliche Fragen wie die Universalität der Menschenrechte oder die Durchsetzbarkeit von Demokratie in globalem Maßstab, eben die Auseinandersetzung mit der in der Ankündigung angesprochenen „Weltgesellschaft“, ließ der Zeitgeschichtetag 2001 völlig vermissen.

Inhaltlich konzentrierten sich die insgesamt 16 Panels auf mehrere zentrale „Schienen“: insbesondere den Bereich Slowenien seit 1945 und die kärntnerisch-slowenischen Beziehungen mit den damit zusammenhängenden Fragen der Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte, auf Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft sowie einen Bereich, den man mit den Schlagworten „Kulturwissenschaften“, „cultural studies“, „Konstruktion von Identitäten“ umschreiben könnte.

Sicherlich war es kein Anliegen der OrganisatorInnen der Klagenfurter Zeitgeschichtetage, explizit die Frage nach der Definition von „Zeitgeschichte“, insbesondere ihres zeitlichen Umfangs zu stellen. Dennoch ist es eine aktuelle Frage, die im Zusammenhang mit der Restrukturierung der Geschichtsinstitute nicht nur wissenschaftstheoretische, sondern auch institutionelle Bedeutung aufweist. Hier traf die Veranstaltung eine implizite Vorentscheidung, indem die Panels auf die Zeit seit dem Nationalsozialismus beschränkt blieben. Umso bedauerlicher ist in diesem Zusammenhang, dass eine demokratiepolitisch aufschlussreiche zeithistorische Auseinandersetzung mit der jüngsten österreichischen Geschichte – quasi unter dem Zeichen des Regierungswechsels vom 4. Februar 2000 – ebenfalls fehlte. Gerade die Veranstaltung im Land Kärnten, das in den demokratiepolitischen Debatten als Chiffre für die kontroversiellen Diskurse um den Zustand der Zweiten Republik fungiert, hätte Beiträge zu einer solchen Thematik erwarten lassen.

Neben einer zeitlichen und geographischen Verengung, die gerade angesichts des Generalthemas sehr fragwürdig erscheint, erwies sich auch die inhaltliche Bearbeitung von „Demokratie – Zivilgesellschaft – Menschenrechte“ letztlich als enttäuschend. Insbesondere war auffallend, dass eine theoretische Betrachtung dieser Schlüsselbegriffe weitgehend ausblieb. Bezeichnenderweise war es ein Philosoph – und kein Historiker –, nämlich Oliver Marchart, der abschließend (Panel 16/„Gedächtnis und Zivilgesellschaft“) aktuelle demokratietheoretische Ansätze vorstellte: die Theorie der Hegemonie bei Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Die generell marginale Rolle, die Demokratietheorie sowie Theorien der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte bei den Präsentationen spielten, lässt den Schluss zu, dass die österreichischen ZeithistorikerInnen mit diesen Ansätzen offensichtlich nicht arbeiten. Das ist zum einen aus der Sicht der Forschung bedauerlich, zum anderen verlieh es der thematischen Gestaltung des Zeitgeschichtetags ein hohes Maß an Beliebigkeit. Damit ist nichts über die Qualität der einzelnen Beiträge gesagt, sicher aber über die Schlüssigkeit der Umsetzung des Generalthemas. Ein großer Teil der Referate und Panels hätte auch bei Tagungen mit x-beliebigen anderen Schwerpunkten gehalten werden können, ein elaborierter Bezug auf die verbindende Fragestellung fehlte weitgehend. Dieses Manko erscheint gerade angesichts ihrer erwähnten Bedeutung in anderen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Feldern als sehr enttäuschend.

Am stärksten umgesetzt waren die Leitlinien der Tagung sicherlich in jenem Themenkomplex, der sich mit der slowenischen Geschichte seit 1945 sowie der Volksgruppenfrage in Kärnten und Slowenien befasste. Hier wurde auf empirischer Ebene eine Konzentration auf die generelle Fragestellung hergestellt, die in den anderen Schienen nicht feststellbar war. Explizit Bezug auf die Fragestellung der Menschenrechte und ihrer Verletzung nahm auch Panel 15/„Die Menschenrechte und ihre Gefährdung durch den Sozialdarwinismus“. Für die anderen Beiträge zur Tagung gilt jedoch mehr oder weniger der oben angeführte Befund.

### „Geschichte“ vs. „Geschichten“

Dieser Gesamteindruck stellt selbstverständlich keine Bewertung einzelner Panels dar, die sowohl hinsichtlich der präsentierten Forschungsergebnisse als auch als Reflexion aktueller Ansätze und zentraler Perspektiven der (österreichischen) Zeitgeschichtsforschung von großem Interesse waren. Ein herausragendes Beispiel dafür ist das Panel 1, das unter dem Titel „Perspektivierung der Zweiten Republik“ die provokante Frage stellte: „Ist die Geschichte der Zweiten Republik nur eine Geschichte der unaufgearbeiteten österreichischen NS-Vergangenheit?“ In seiner Einleitung wies Ernst Hanisch als Chair und Initiator des Panels darauf hin, dass die NS-Periode die wahrscheinlich am besten erforschte Phase der österreichischen Geschichte sei. Seine Kritik richtete sich in erster Linie darauf, dass die HistorikerInnen die Perspektivierung der „ganzen Geschichte“ der Zweiten Republik weitgehend den Politik- und Sozialwissenschaftlern überließen. Diese gleichsam fragmentierte Sicht auf der Seite der Geschichtswissenschaft bewirke, so Hanisch, dass die Kontextualisierung verloren geht. Gerade die Frage einer „ganzen Geschichte“ der Zweiten Republik machte allerdings die kontroversen Positionen der TeilnehmerInnen des Panels deutlich.

Zunächst stand allerdings die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Vordergrund. Helene Maimann sprach in ihrem Beitrag vom Schweigen als einer wesentlichen Form der politischen Kommunikation in der Zweiten Republik. Dabei handle es sich um ein „lautes Schweigen“, das auf

einem komplexen Verhältnis von privatem und öffentlichem Raum beruhe, sodass die Beteiligten stets wüssten, was sie wo sagen dürften und wo nicht. Die Waldheim-Affäre oder der Erfolg Haiders, der gerade gegen das öffentliche Schweigen und die ritualisierten Distanzierungsfloskeln verstoße, zeigten, so Maimann, dass der Nationalsozialismus wesentlich Zeitgeschichte im Sinne Barbara Tuchmans ist: als „Geschichte, die noch qualmt“.

Heidemarie Uhl wies darauf hin, dass das Schweigen gerade aus der Sicht der Beschäftigung mit Gedächtnis eine Grunderfahrung des/der (österreichischen) ZeithistorikerIn ist. Kennzeichnend für die Phase von 1945 bis 1986, bis zur Waldheim-Affäre, sei bei aller Inhomogenität dieses Zeitabschnitts die Externalisierung des Nationalsozialismus und in Verbindung damit die Dominanz der Opferthese gewesen. Diese Haltung habe auch die Zeitgeschichtsforschung geprägt, die nach Siegfried Mattl lange Zeit mit der politischen Geschichte der Ersten Republik und ihrer Vorgeschichte identisch gewesen sei. 1986, so Uhl, habe die Dekonstruktion des Nachkriegsmythos begonnen, von der Externalisierung sei man zur Internalisierung des Nationalsozialismus übergegangen. Mit diesem Wandel korrespondiere ein methodisch-theoretischer Perspektivenwechsel, der sich in den zentralen Begriffen Diskursanalyse und *linguistic turn* fassen lässt und letztlich die Kategorie der „Wahrheit“ zur Disposition stelle. Von diesem Ansatz ausgehend formulierte Uhl auch ihre Skepsis gegenüber Pierre Noras Unterscheidung von „Geschichte“ und „Gedächtnis“. Während dieser nämlich von der Zerstörung des Gedächtnisses durch die Geschichte als distanzierenden, scheinbar objektiven Blick auf die Vergangenheit ausgehe, sei vielmehr zu konstatieren, dass die Vorstellung von Gedächtnis die Geschichte überwuchere. Jede Generation schreibe ihre Geschichte neu, HistorikerInnen könnten daher nicht mehr den Anspruch stellen, Historisches zu rekonstruieren. Im Bewusstsein der Unmöglichkeit, anderes als Diskurse, als die jeweilige (sprachliche) Vermittlung von Ereignissen zu rekonstruieren, liege ihre Funktion in der Beobachtung von Deutungskämpfen.

Diese Position unterstrich auch Thomas Angerer. Er ging in seiner Präsentation von der Debatte um das Gedächtnis der NS-Besatzungszeit in Frankreich aus und unterstrich die Kritik am „Erinnerungskult“ und die politische Instrumentalisierung, die zum Mittelpunkt von französischen „Erinnerungskriegen“ geworden sei. Wie zuvor Heidemarie Uhl, die mit Tony Judt für eine gesamteuropäische Perspektive auf den Umgang mit dem Nationalsozialismus plädierte, hob Angerer die Notwendigkeit eines transnationalen Vergleichs der Erinnerungskulturen hervor. Dies gelte umso mehr, als Geschichte als Rekonstruktion von Diskursen das Konzept einer „nationalen Gesamtgeschichte“ höchst fragwürdig mache. In der theoretischen Neuperspektivierung, die sich mit dem Gedächtnisparadigma und dem *linguistic turn* vollzog, liege eine radikale Infragestellung von „nationaler Geschichte“, von Vorstellungen von „Geschichte“ insgesamt. Die „histoire totale“ sei eine Illusion. Uhl und Angerer nahmen in ihren Beiträgen Positionen ein, die den Intentionen Ernst Hanischs diametral entgegengesetzt waren. Hanisch, mit dem „Langen Schatten des Staates“ Autor gleichsam einer „großen Erzählung“ der österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert, hatte sich, wie in der Diskussion noch deutlicher wurde, Überlegungen zur Konzeptualisierung einer Gesamtgeschichte der Zweiten Republik erhofft. Als Antwort erhielt er die Absage an die „Geschichte“ und ihren Ersatz durch „Geschichten“, die – selbst Konstrukte – sich aus der Sicht einer „Nachfolgeneration“ von ZeithistorikerInnen nicht mehr zu einem geschlossenen Kontext zusammenfügen lassen. Konkrete inhaltliche Perspektiven auf die Zweite Republik – wie die Themen „Staatsvertrag“, „Fall Olah“, die bereits im Detail bearbeitet wurden – fehlten ebenso wie eine Diskussion von Reinhard Sieders, Heinz Steinerts und Emmerich Tálos' Sammelband „Österreich 1945-1995. Gesellschaft. Politik. Kultur“, der bisher am ehesten versuchte, die Zweite Republik in einem umfassenden Bild aufzuarbeiten (dabei aber im Grunde auch in eine Reihe von „Geschichten“ zerfiel). Im Mittelpunkt des Panels stand vielmehr eine spannende Grundlegendendiskussion, die am stärksten von allen Beiträgen am Zeitgeschichtetag aktuelle Theoriedebatten aufgriff, mit empirischen Darstellungen verknüpfte und damit den österreichischen Diskurs in einen internationalen Kontext stellte.

## Zeitgeschichte und Öffentlichkeit

Das Thema „Zeitgeschichte und Öffentlichkeit“, dem am Zeitgeschichtetag 1999 in Graz ein ganzer Tag gewidmet war, wurde auch in Klagenfurt in einem Panel wiederum aufgegriffen (Panel 10/„Zeitgeschichte und Öffentlichkeit“). Walter Manoschek hob in seinem Beitrag die starke Präsenz der Zeitgeschichte in der Öffentlichkeit hervor. Die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus habe zu wesentlichen Veränderungen im österreichischen Geschichtsbild geführt, insbesondere hätte die Verbreitung der Forschungsergebnisse zur Auflösung der hegemonialen Konstruktion des „Opfermythos“ geführt. Ausschlaggebenden Anteil an diesem Wandel habe der Generationenwechsel unter den maßgeblichen Historikern seit den 1980er Jahren gehabt sowie auch die starke Präsenz der internationalen Öffentlichkeit, die im Zusammenhang mit der Waldheim-Affäre, mit der Politik Jörg Haider und dem Regierungswechsel 2000 Österreich stärker beobachte. Manoschek sieht darin Herausforderungen, die die Zeitgeschichtsforschung politisierten und ihr damit in der medialen Vermittlung einen prominenten Platz zusicherten. Anhand von drei kontroversiellen Fallbeispielen, der „Wehrmachtsausstellung“, des Theaterstücks „Tanzcafé Treblinka“ von Werner Kofler und des Forschungsprojekts „Österreichische Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit“, erörterte er das Verhältnis von Zeitgeschichte und (insbesondere medialer) Öffentlichkeit und spitzte seine These auf die Formulierung zu, die Zeitgeschichte stehe nun in der Öffentlichkeit und damit dort, wo sie immer schon hinwollte.

Gerade dieses Verhältnis betrachtete Thomas Mang allerdings sehr skeptisch. Für ihn ist die Verflechtung von Medien und Zeitgeschichte eine Gefahr, die zur „Kolonialisierung der Geschichtswissenschaft durch die Medien“ führe. Konkret warf Mang den Massenmedien unzulässige Vereinfachung und Vorrang von Human-Interest-Aspekten vor der komplexen Aufarbeitung von Sachfragen vor. Letztlich werden die Forschungsergebnisse, wie z.B. die Auffindung der Wiener Gestapo-Kartei, als Ware betrachtet, die sich nach Markterfordernissen zu richten habe. Vor allem der Nationalsozialismus sei ein begehrtes Handelsgut der Medien. Mang bewertete das Verhältnis von Wissenschaft und medialer Öffentlichkeit somit gänzlich anders als Manoschek. Seine Kritik hätte sicherlich einiges an Schärfe und Überzeugungskraft gewonnen, wenn er seine Bemerkungen an konkreten Fallbeispielen erläutert hätte. Ohne diese geriet seine Präsentation letztlich zu einer pauschalen Anklage, die nur als Anhäufung von Klischees und darauf beruhender modischer Kulturkritik aufgefasst werden konnte. Gerade diese mangelnde Stringenz führte in der Diskussion zu heftigem Widerspruch.

Eine wesentlich differenziertere Position nahm anschließend Dirk Rupnow ein. Er erörterte die Darstellung der Forschungen zum Holocaust in den Medien und hob in diesem Zusammenhang hervor, dass es ein „reines“ Gedächtnis, frei von Interessen und damit Instrumentalisierbarkeit, nicht geben könne. Ein spezielles Problem in der medialen Darstellung sah Rupnow in ihrer Fokussierung auf einfache, punktuell behandelte Erscheinungen. So bewirke die Konzentration auf den industrialisierten Massenmord in Auschwitz eine Verdrängung der Vermittlung des „archaischen“ Tötens durch Erschießungen als ebenfalls relevanten Teil der NS-Vernichtungsmaschinerie. Der Verzicht auf die Thematisierung des vielschichtigen Zusammenhangs zwischen individuellem Handeln und Systemlogik führe in den Medien zum Bild einer „Vernichtung ohne Vernichter“ und somit zur Exterritorialisierung des Komplexes „Auschwitz“.

Selbstverständlich bleibt hier offen, ob diese Kritik nur an die Medien oder nicht auch an die wissenschaftliche Forschung selbst zu richten wäre. Dennoch unterschieden sich Rupnows Überlegungen in ihrer Konkretheit und Komplexität deutlich von Mangs vorangegangener Darstellung. Die Journalistin Marianne Enigl formulierte als Kommentatorin schließlich ihrerseits Kritik an die Adresse der ZeithistorikerInnen und hob die Grenzen des Zusammenwirkens von Forschung und Medien hervor. Zu kritisieren sei die fehlende Bereitschaft zur Zusammenarbeit seitens der Zeitgeschichte, die gerade bei aktuellen Themen zurücktrete, wenn die JournalistInnen Informationen benötigten. Das ändere aber nichts daran, dass Wissenschaft und Journalismus völlig unterschiedliche Sprachen sprächen und über völlig unterschiedliche Gedächtnisse verfügten. Während die Zeitgeschichte sehr viel voraussetze, stehen die JournalistInnen vor der Situation, für ahnungslose 20-Jährige über Kurt Waldheim schreiben zu müssen. Marianne Enigl leitete mit diesen kritischen Worten eine hitzige Diskussion ein, zu der Helene Maimann, ORF-Redakteurin, gleich einen fulmi-

nanten Auftakt und den Eindruck starker persönlicher Betroffenheit bot. Sie bezeichnete Thomas Mangs Referat als „unglaublich unqualifiziert“ und kritisierte in weitaus heftigeren Worten als ihre Vorrednerin mangelnde Kooperationsbereitschaft seitens der Zeitgeschichte. Maimann machte in ihrer emotionellen Stellungnahme, abgesehen von persönlichen Angriffen gegen Mang, allerdings auch deutlich, dass eine pauschale Aburteilung der Präsentation wissenschaftlicher Ergebnisse in den Medien unzulässig sei. Wesentlich sei eine Differenzierung nach Form des Mediums, nach Formaten im Fernsehen etc. Besonnenere Wortmeldungen, wie von Monika Bernold oder Heidemarie Uhl, gingen in produktiverer Form auf die evidenten Grenzen und Konflikte zwischen Zeitgeschichte und Öffentlichkeit ein. So wurde gefordert, dass die ZeithistorikerInnen lernen müssen, mit diesen Differenzen umzugehen, und sich gerade angesichts der Gegensätze als WissenschaftlerInnen stärker einbringen sollten. Seitens der Zeitgeschichte sei zu fragen, ob der Kritik an den Medien nicht immer noch eine implizite idealtypische Gegenüberstellung von „kolonialisierenden Medien“ und „interessenfreier Wissenschaft“ zugrunde liege, die eigentlich schon längst obsolet sein sollte.

Das Panel machte deutlich, wie prekär, konfliktbeladen und von gegenseitigen Missverständnissen geprägt das Verhältnis zwischen Zeitgeschichte und Medien immer noch – oder gerade in der Gegenwart? – ist. In der Diskussion kamen die gemeinsamen Interessen beider Bereiche zweifellos zu kurz. Dabei wurde implizit deutlich, dass beide „Felder“ auch mit gemeinsamen Problemen zu kämpfen haben, die wohl insbesondere im Verhältnis zur Politik einerseits als Garant ihrer Arbeitsmöglichkeiten, andererseits als Ursprung von Einflussnahme und Instrumentalisierung(sversuchen) zu finden sind.

## Feindbilder

Im Vergleich zum Zeitgeschichtetag in Graz, der gezielt die Einbindung der österreichischen Forschung in den internationalen Kontext suchte – in Form zahlreicher internationaler Beteiligung und Fragestellungen wie „Globalisierung“ –, war die Klagenfurter Veranstaltung, wie erwähnt, von einer deutlichen geographischen Einengung geprägt. Die Ausnahme dazu war der Workshop „Enemy Images/Feindbilder“, der sich diesem Thema teils theoretisch, teils anhand konkreter Fallbeispiele mit internationaler Besetzung näherte. Gret Haller, Schweizer Politikerin und Menschenrechtsbeauftragte der OSZE in Sarajevo 1996-2000, lieferte einen theoretischen Beitrag, in dem sie eine verabsolutierte moralische Trennung von Gut und Böse als entscheidende Grundlage für Feindbilder auffasste. Die Grundlage für diese Konzepte sei die Religion; Moral und Religion müssten daher in eine von ihnen unabhängige Struktur integriert werden. Für Haller ist diese Struktur der Staat, genauer dessen europäisches „Modell“, in dem die Trennung des Staates von Moral bzw. Religion vorbildhaft vollzogen sei. Damit entwarf sie gleichsam ein Modell mit Universalitätsanspruch, denn weder die islamische noch die US-amerikanische Staatsauffassung könnten die geforderte unabhängige Struktur bereitstellen. Im Islam sei die Möglichkeit der Trennung von Staat und Religion überhaupt nicht angelegt, in den USA dienten Moral und Religion bewusst als Grundlagen der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung.

So sehr diese schematische, im Detail stark vereinfachende und vor allem stark wertende Darstellung Hallers problematisch ist, so sehr bot ihr Beitrag einen Ansatz zu demokratietheoretischen Erörterungen mit einer globalen Sichtweise, für die der „reguläre“ Teil der Zeitgeschichtetage wenig Entsprechungen bot. Als erster empirischer Schwerpunkt schloss sich die Darstellung von Feindbildern in Israel/Palästina an. Roger Heacock verglich diesen Konflikt anhand eines Modells, das zwischen vertikalen und horizontalen Feindbildern unterschied. Erstere entwickelten sich zwischen BesatzerInnen und Besetzten, zweitere zwischen geographisch getrennten Kollektiven (wie in Feindbildern der „klassischen“ Kriege). Thierry Hentsch wies auf die besondere Verantwortung des „Westens“ hin, der zahlreiche Elemente des israelischen Feindbildes „Palästinenser“ schon im 19. Jahrhundert ausformuliert habe. Grundlage dafür seien die universalistischen Ansprüche der Aufklärung, die die BewohnerInnen außereuropäischer Weltteile nicht in ihrer Differenz anerkannten. Oren Yiftachel schließlich schloss diesen Themenbereich ab, indem er anhand von israelischen Schulbüchern und Landkarten das vertikale Verhältnis zwischen jüdisch-israelischen BesitzerInnen des Landes und den aus den Bildern ausgeblendeteten = nicht existenten PalästinenserInnen deutlich

machte. Am Beispiel Armeniens und des ehemaligen Jugoslawiens wurden anschließend weitere Feindbilder analysiert und die Entstehungs- und Wirkungszusammenhänge ihrer Konstruktion präsentiert.

### Zwiespältiges Resümee

Der Workshop „Enemy Images“ bot also zahlreiche Ansatzpunkte, die sowohl auf theoretisch-methodischer Ebene als auch als empirische Fragestellungen im „regulären“ Teil der Zeitgeschichtetage wünschenswert gewesen wären. Es ist zu vermuten, dass die zeitliche und geographische Einengung der Panel-Themen, so bedauerlich sie ist, einem Konzept der Organisation entspricht. Offen muss dagegen bleiben, ob der beinahe völlige Mangel an konkreten und theoretisch fundierten Beiträgen zum Fragenkomplex „Demokratie – Zivilgesellschaft – Menschenrechte“ Ergebnis der Auswahl oder des Fehlens diesbezüglicher Arbeiten in der österreichischen Zeitgeschichteforschung ist. Nur um ein Beispiel zu nennen: Es erstaunt, dass es keinen Beitrag gegeben hat, in dem Hans Kelsen in irgendeiner Form thematisiert wurde, der nicht nur in den 1920er und 1930er Jahren international höchst kontroversiell diskutiert wurde, sondern als Demokratietheoretiker in vieler Hinsicht hohe Aktualität besitzt. Ebenso blieb es, wie erwähnt, einem Philosophen vorbehalten, in seinem Beitrag auf die Relevanz der Hegemonietheorie für die Gedächtnisforschung einzugehen.

Ein Resümee kann daher nur zwiespältig ausfallen: So enttäuschend der Gesamteindruck der Klagenfurter Zeitgeschichtetage ist und so sehr er das Gefühl einer ungenügenden Aufarbeitung des Themas hinterlässt, so wenig ändert das selbstverständlich an der Qualität einzelner Panels, die gerade durch ihre kontroversen Standpunkte zur Diskussion aktueller theoretischer, methodischer und empirischer Fragen anregen. Die erwähnten Beiträge stehen beispielhaft dafür. Weiters erfreulich ist in jedem Fall die Tatsache, dass sich die Anzahl der Beiträge von Frauen und Männern (ReferentInnen, KommentatorInnen, Chairs) annähernd die Waage hielt. Dieses Gleichgewicht ist, wenn man ein paar Jahre zurückblickt oder auch andere aktuelle Tagungsprogramme vor Augen hat, keineswegs selbstverständlich. Möglicherweise erweisen sich die Klagenfurter Zeitgeschichtetage in dieser Hinsicht als zukunftsweisend, indem sie die Chance auf eine künftig verstärkte institutionelle Verankerung von Zeithistorikerinnen an den Universitäten andeuten.